

# Steigende Beiträge belasten Arbeitnehmer und Arbeitgeber

## vbw gegen höhere Beitragsbemessungsgrenze

Die Zukunft des deutschen Gesundheitssystems beschäftigt auch die Arbeitgeber. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw) hat bereits vor zwei Jahren eine Studie erstellt, die der Politik Handlungsempfehlungen gibt. Das Milliardenloch in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) alarmiert den Arbeitgeberverband.



Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) warnt vor Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Bei einer Veranstaltung der vbw in München forderte der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (3. v. l.) von seinem Berliner Amtskollegen Karl Lauterbach ein nachhaltiges Konzept für die Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens.

Neben den Leistungskürzungen, von denen auch die Zahnärzte betroffen sind, wird auch über Beitragserhöhungen diskutiert. Dieses Ziel ließe sich unter anderem durch eine Erhöhung der GKV-Beitragsbemessungsgrenze erreichen. Davor warnt vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt: „Die angedachte Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) belastet sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber stark. Die Folgen für die Lohnzusatzkosten wären erheblich und ein klarer Standortnachteil. Bei den Arbeitgebern würden die von der Kranken- und Pflegeversicherung verursachten Lohnzusatzkosten um bis zu 46,4 Prozent steigen. Eine Anhebung der Beitragsbemes-

sungsgrenze wäre nichts anderes als eine Sondersteuer auf den Faktor Arbeit. Daher sagen wir klar: Der Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen muss erhalten bleiben.“ Stattdessen fordert die vbw „eine umfassende Ausgaben- und Strukturreform“. Eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze könnte aus Sicht der vbw auch der schleichende Einstieg in eine Bürgerversicherung sein. „Das ist das falsche Signal an die Unternehmen in unserem Land. Denn: Der Dualismus von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wirkt dämpfend auf Lohnzusatzkosten. Dadurch profitieren im Endeffekt sowohl Versicherte als auch Arbeitgeber“, so Brossardt. Mit Blick auf die geforderten Strukturrefor-

men betont die vbw, dass auch die staatliche Bezuschussung der Sozialversicherung mit Steuer- und Haushaltsmitteln kein nachhaltiges Modell darstellt. Brossardt: „Die Stabilisierung der Sozialversicherungen durch öffentliche Mittel verursacht eine Budgetkonkurrenz zu wichtigen Zukunftsinvestitionen in die Bildung, Forschung, Infrastruktur oder in die Digitalisierung. Die nötigen Reformen in diesen Bereichen werden dadurch verzögert. Die Sachlage fordert pragmatisches Handeln: Wir müssen mit Blick auf die Demografie Leistungen hinterfragen und die Rente mit 67 konsequent ausgestalten.“

Über eine nachhaltige Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung diskutierte die vbw auch bei einer Veranstaltung in München. An der Podiumsdiskussion nahmen der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek, der Gesundheitsökonom Prof. Dr. Thies Büttner sowie Vertreter des GKV- und des PKV-Verbandes teil. Alle waren sich einig, dass die Zeit der Flickschusterei vorbei ist. Es brauche echte Reformen, um die Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens dauerhaft zu sichern. Von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erwartet man Taten statt Worte. Die KZVB verwies bei der Veranstaltung darauf, dass das sogenannte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz der Ampelkoalition im Bereich der Zahnmedizin zu Leistungseinschränkungen führen werde. Zudem gefährde es die flächendeckende Versorgung.

Leo Hofmeier